

## Klimaschutz und Kohlepolitik – Wo stehen wir?

### Impuls 1: Lausitz

#### René Schuster, Grüne Liga

Ich möchte die besten Grüße aus der deutsch-sorbischen Lausitz überbringen.

Ich denke, hier stehe ich überwiegend vor Rheinländern, deshalb werde ich besonders auf das hinweisen, was bei uns in der Lausitz anders ist als im rheinischen Revier.

#### Neue Tagebaue

Die in den 1990er Jahren beschlossenen Braunkohlenpläne und genehmigten Rahmenbetriebspläne betreffen viel geringere Kohlemengen als die genehmigten rheinländischen Tagebaue wie etwa Garzweiler II. Auch wenn die Verkleinerung dieser genehmigten Lausitzer Tagebaue an einigen Stellen sehr sinnvoll wäre, kämpfen wir doch im Wesentlichen gegen neue Tagebaue. Das sind Abbaufelder, die die Politik Anfang der 1990er Jahre noch abgelehnt hat, oder über die man damals noch nicht entscheiden wollte. Seit 2007 versuchen Vattenfall und die Landesregierungen diese Projekte nun durchzusetzen. Während bei den genehmigten Tagebauen die Dörfer bereits umgesiedelt und zerstört sind, drohen für die neuen Tagebaue etwa 3.200 Umsiedlungen, sei es in Proschim, Rohne oder Kerkwitz.

#### Juristerei

Zwei Braunkohlenpläne für solche Tagebaue wurden 2014 beschlossen, Nochten 2 in Sachsen und Welzow-Süd II in Brandenburg.

Gegen beide sind Klagebündnisse aus Umweltverbänden und Bewohnern vor Gericht gegangen. Die Gegenseite argumentiert hier, dass weder Verbände noch betroffene Bürger überhaupt klagebefugt gegen einen Braunkohlenplan wären. Diese Frage wird nun am Beispiel Nochten das Bundesverwaltungsgericht entscheiden. Stefan Pütz hat ja bei Euch das Klagerecht gegen

Rahmenbetriebspläne erstritten. Wir sind guter Dinge, dass die Lausitzer Betroffenen das nun auch für die Braunkohlenpläne durchzusetzen können.

Diese zwei Verfahren sind aber nicht die einzigen juristischen Baustellen: Es gibt etwa eine Klage gegen eine Straßenumverlegung, Strafanzeigen gegen den Bergbaubetrieb wegen Gewässerverunreinigung, die Anzeige nach Umweltschadensgesetz wegen der Austrocknung eines geschützten Wiesengebietes durch die Grundwasserabsenkung. Gerichtsverfahren wegen Bergschäden gibt es gleich mehrere. Auch eine längst umgesetzte Enteignung eines Waldgrundstückes wird noch gerichtlich überprüft.

Erst in diesem Frühjahr haben wir gemeinsam mit Dirk Tessmer ein Präzedenzurteil erreicht, dass Behörden Unterlagen nicht mit dem Verweis auf Urheberrechte geheim gehalten dürfen.

Keines dieser Verfahren wird allein für sich den Braunkohleausstieg herbeiführen. Aber die Vielfalt zeigt: Der Bergbau kann eigentlich nichts mehr tun, ohne die Unsicherheit eines Gerichtsverfahrens einplanen zu müssen.

### Gemeinsame Landesplanung

Ein weiterer Unterschied zum Rheinland ist, dass wir es mit drei Bundesländern zu tun haben. Zwei aktive Tagebaue liegen in Brandenburg und zwei in Sachsen. Brandenburg wiederum hat vor zwanzig Jahren mit Berlin einen Vertrag über eine gemeinsame Landesplanung geschlossen. Hier können auch Vorgaben für die Braunkohlenplanung gemacht werden bis hin zum Verbot weiterer Braunkohlenpläne.

Das ist den Berlinern leider erst sehr spät bewusst geworden, nämlich seit durch den Lausitzer Kohlebergbau die Einhaltung der Sulfatgrenzwerte im größten Berliner Wasserwerk bedroht ist. 2015 hat das Abgeordnetenhaus einen von allen Fraktionen getragenen Beschluss gefasst, die Braunkohleplanung im Nachbarland kritisch zu hinterfragen. Der Senat hat sich anschließend allerdings öffentlichkeitswirksam von Brandenburg einwickeln lassen. Am letzten Sonntag wurde in Berlin gewählt, es besteht weitgehend Einigkeit darüber, dass es eine rot-rot-grüne Koalition geben wird. Wir werden dem nächsten Berliner Senat ganz sicher keine Ruhe lassen!

### Verkauf an EPH

Der im Moment bekannteste Unterschied zum Rheinland ist, dass wir gerade verkauft werden. Die Lausitzer Kraftwerke und Tagebaue möchte Vattenfall gern los sein und EPH will sie haben.

Der Inhaber von EPH, Herr Křetinský ist ein tschechischer Geschäftsmann, den man durchaus als einen Oligarchen bezeichnen kann. Das wäre schon bedenklich genug, aber das Käuferkonsortium insgesamt ist ein dubioses Firmengeflecht, das teilweise auf Jersey und Zypern ansässig ist.

Der ausgehandelte Kaufvertrag enthält für die Lausitzer die folgende Beruhigungspille

*„Während der ersten 3 Jahre nach dem Verkauf dürfen keine Dividenden an den neuen Eigentümer gezahlt, Rückstellungen aufgelöst oder ähnliche vergleichbare Maßnahmen ergriffen werden. In den folgenden zwei Jahren ist die Gewinnabschöpfung vertraglich auf eine betriebsübliche Rendite begrenzt.“*

Wenn Vattenfall das vertraglich festschreiben muss, dann kann man sich ausmalen, womit nach Ablauf dieser Fristen zu rechnen ist. Deshalb fordern wir ein, dass die Landesregierungen wenigstens die bestehenden Rückstellungen für Folgekosten des Bergbaus sichern, indem sie beispielsweise die Einzahlung von Sicherheitsleistungen durch das Unternehmen anordnen. Denn sonst bleibt der Steuerzahler auf den Folgen der Tagebaue sitzen.

Am Donnerstag wurde der Verkauf von der EU-Kommission kartellrechtlich genehmigt, er wird voraussichtlich zum 1. Oktober umgesetzt.

Der lange Verkaufsprozess hat zur Folge, dass Vattenfall alle Ausgaben für Umsiedlungen im vergangenen Sommer gestoppt hat. Ob der neue Eigentümer alle bisher geplanten Umsiedlungen weiter verfolgen wird, hält er sich bedeckt. Am Donnerstag wurde gegenüber der Presse angekündigt, sich dazu bis Weihnachten zu äußern.

Die Kohlelobby in der Lausitz feiert die Umsetzung des Verkaufs als „Ende einer Hängepartie“. Ich denke, da sind viele Hoffnungen im Spiel, die nicht erfüllt werden. Ich rechne fest damit, dass eine der ersten Ankündigungen des neuen Eigentümers den weiteren Personalabbau betreffen wird.

### Ausstiegsjahre?

Ich möchte eins deutlich sagen: Die Lausitzer Initiativen wollen einen schrittweisen Ausstieg und uns geht es nicht um ein bestimmtes Ausstiegjahr.

Man kann sich sicher viel darüber streiten, ob der Braunkohleausstieg 2030, 35, 40 oder 45 abgeschlossen sein soll. Aber wenn es keine neuen Tagebaue in der Lausitz gibt, kann die verbleibende Kohlemenge schnell oder langsam verheizt werden, die CO<sub>2</sub>-Menge bleibt dabei gleich.

Und ein Ausstiegjahr sagt nur aus, wann der letzte Kraftwerksblock außer Betrieb geht. Bei uns in der Lausitz ist das die unwichtigste Frage, weil der neueste Block, Boxberg R, mit 670 MW weniger als ein Zehntel des aktuell betriebenen Kraftwerksparks ausmacht.

Dagegen haben wir 4000 MW alte Blöcke, die noch in der DDR errichtet wurden. Jedes einzelne Jahr das diese Blöcke länger laufen, emittieren sie so viel CO<sub>2</sub>, wie Boxberg R in etwa zehn Jahren.

Das heißt, für uns geht es darum, den richtigen Ausstiegspfad zu beschreiten, bei dem die ersten Schritte die wichtigsten für den Klimaschutz sind.

## Stimmung und Stimmungsmache

Wie ist nun die Stimmung in der Lausitz?

Die gute Nachricht ist: Man rechnet mit einem Kohleausstieg. Es beginnen Diskussionen, die noch vor wenigen Jahren undenkbar gewesen wären.

Viel dazu beigetragen hat die Debatte um den Klimaschutzbeitrag im letzten Jahr. Dass es nicht wir Umweltverbände waren, sondern die Bundesregierung und dann auch noch der SPD-Vorsitzende, der die Braunkohleverstromung reduzieren wollte, das muss wohl das Weltbild manches Kohlefanatikers zum Einstürzen gebracht haben.

Während das Wie eines Kohleausstieges inzwischen offiziell zumindest strukturpolitisch diskutiert werden darf, ist das Wann aber immer noch ein Tabu. Damit wollen die Landesregierungen und der Kraftwerksbetreiber noch zocken. Und sie sind nach wie vor bereit, dafür auch Dörfer zu opfern.

Die Lausitzer Kohlelobby versucht sich nun an einem Spagat: Man will so viel wie möglich Fördergelder des Bundes für den Strukturwandel rausholen, gleichzeitig wird trotzdem jeder konkrete Schritt in Richtung Kohleausstieg bekämpft. Dafür wird seit eineinhalb Jahren die Bundespolitik als Feindbild aufgebaut, auf die jeder Dorfpolitiker gefälligst schimpfen muss, wenn er noch dazugehören will.

Wir wollen einen Kohleausstieg, der die Beschäftigten mitnimmt und haben dafür viele gute Argumente. Doch die Beschäftigten lesen überwiegend die Regionalpresse und dort wird in der Regel immer das verschwiegen, was Lausitzer und Beschäftigte am ehesten überzeugen könnte. Ihr kennt das vermutlich gut, wie Vorurteile geschürt werden:

Protestieren Kohlekritiker von auswärts, wird das berichtet, demonstriert ein Lausitzer Bürgermeister steht nur „Kohlegegner“ in der Zeitung und der Leser denkt, da kamen schon wieder welche aus Hamburg. Fordern wir den schrittweisen Ausstieg, tauscht das Wort „schrittweise“ im Zeitungsbericht nicht auf. Ich könnte viele weitere solche Beispiele nennen.

Hier immer wieder etwas dageganzusetzen ist harte Arbeit, hat auch viel mit kleinen Schritten zu tun. Diese Arbeit ist und bleibt aber unverzichtbar. Wir haben viele großartige Mitstreiter die daran mitwirken. Nur einige wenige können heute hier sein.

Jetzt bin ich an der Stelle, wo der Bergmann „Glückauf“ sagen würde. Ich habe überlegt, was ich stattdessen sagen könnte und hab mich entschieden für das gute alte wendische „Njedajšo se krydnuś!“

Zu Deutsch: Lasst Euch nicht kriegen!